



» Im Jahre 1274 n. Chr. findet Bothfeld mit dem damaligen Namen Bothvelde seine erste urkundliche Erwähnung. Dieses kann als offizielles Gründungsjahr angesehen werden und jährt sich im Jahre 2024 n. Chr. zum 750. Mal.

Ein Antrag zu einer Festveranstaltung anlässlich des Jubiläums 750 Jahre Bothfeld ist parteiübergreifend in den Bezirksrat eingebracht worden. Dabei sollen die örtlichen Akteure in die Veranstaltungsplanung und -Vorbereitung mit einbezogen werden.

Bezirksratsfrau **Judith Schunk** unterstützt diesen Antrag. *Save the Date 2024.*

### Letzte freie Tankstelle schließt

» Wir berichteten im ersten Mitteilungsblatt 2023 über die Schließung der einzigen freien Tankstelle in der Rehre 45 im Stadtbezirk Ricklingen. Der Grund der Schließung ist, dass das Erbbaurecht vom Grundstückseigentümer, dem Bau- und Sparverein, nicht verlängert wird.

Das bedeutet, dass viele Bürger aus dem Stadtteil Wettbergen einen größeren Umweg fahren müssen, um ihr Fahrzeug aufzutanken. Dadurch wird mehr Treibstoff verbraucht und CO<sub>2</sub> emittiert. Außerdem bietet die Tankstelle als kleiner Discounter Lebensmittel des täglichen Gebrauchs an. Autoersatzteile können dort bestellt werden und kleine Reparaturen werden ebenfalls durchgeführt. Der Kaffeetisch in der Tankstelle ist zudem ein beliebter Treffpunkt für Jung und Alt.

Der AfD-Bezirksrat **Markus Karger** hat einen weiteren Antrag eingebracht, um die Schließung zu umgehen. Doch leider war auch dieser erfolglos.

### Bezirksrat Ricklingen



**Jens Keller**

Stellv. Fraktionsvorsitzender im Bezirksrat  
Ratsherr und Fraktionsvorsitzender im Stadtrat  
Stv. Vorsitzender im Kreisverband Hannover Stadt  
E-Mail: jens.keller@afd-hannover.de



**Reinhard Hirche**

Fraktionsvorsitzender im Bezirksrat  
Beisitzer im Vorstand des Kreisverbandes Hannover Stadt  
Geschäftsführer der AfD Stadtratsfraktion Hannover  
E-Mail: reinhard.hirche@afd-hannover.de



**Uwe Wippach**

Stellv. Fraktionsvorsitzender und  
Bezirksratsherr im Stadtbezirk Döhren-Wülfel



**Markus Karger**

Fraktionsvorsitzender im Bezirksrat  
Ricklingen



**Judith Schunk**

Bezirksratsfrau im Stadtbezirk  
Bothfeld-Vahrenheide

#### Impressum:

AfD-Fraktion im Rat der LHH,  
Herrenstr. 7, 30159 Hannover  
info@afd-fraktion-hannover.de  
www.afd-fraktion-hannover.de  
Telefon: 0511-168 31845

# Mitteilungsblatt

AfD-Fraktion im Rat der LHH • Herrenstr. 7 • 30159 Hannover

Ausgabe 3/ 2023

Mut zur Wahrheit

## Eklat im Stadtrat:



### Inhalt:

- » Stadtrat: • Eklat im Stadtrat
  - Klage gegen Oberbürgermeister (OB) Belit Onay!
  - Halim Dener Info-Tafel
- » Bezirksrat Ahlem-Badenstedt-Davenstedt • Genitalverstümmelung
  - Kinderehen in Deutschland
- » Bezirksrat Döhren-Wülfel • Baustellenbesichtigung am Schnellweg
- » Bezirksrat Bothfeld-Vahrenheide • 750 Jahre Bothfeld in 2024
- » Bezirksrat Ricklingen • Letzte freie Tankstelle schließt

Hannover. **Aber normal.**

## Eklat im Rat der Stadt Hannover – Als Schöffe wegen AfD-Mitgliedschaft abgelehnt



» In einer gemeinsamen Drucksache beantragten SPD und Grüne den Ausschluss vom AfD-Mitglied und Kommunalpolitiker Jens Keller, der sich als Privatperson als Schöffe für die kommende Schöffenperiode 2024-2028 beworben hat. Die fadenscheinige Begründung: Herr Keller ist Mitglied der AfD, die vom Verfassungsschutz als Verdachtsfall eingestuft wird, weshalb seine Eignung als Schöffe angezweifelt wird.

Dass sich Herr Keller als Privatperson beworben hat und nicht als „AfD-Vertreter“, scheint den Rot-Grünen vollkommen egal zu sein. Die CDU stimmte dem Antrag zu.

Die FDP und der Einzelvertreter der Hannoveraner enthielten sich. Die Lage für uns ist dagegen eindeutig: Mit diesem Antrag wird gegen das Grundgesetz Artikel 3, Absatz 3: „Niemand darf wegen seiner [...] politischen Anschauung benachteiligt oder bevorzugt werden.“

Herr Keller nimmt Stellung: „*Ich bin seit mehreren Jahren Schöffe am Landgericht und nehme diese ehrenamtliche Tätigkeit sehr ernst und führe sie ohne Vorurteile aus. Wer auf der Anklagebank sitzt ist für mich nicht relevant. Für mich zählt am Ende die Schuldfrage. Deshalb weise ich jegliche Vorwürfe von mir. [...]*“

## Verletzung der Neutralitätspflicht – **Klage gegen Oberbürgermeister (OB) Belit Onay!**

» Während der Haushaltsrede unseres Fraktionsvorsitzenden **Jens Keller** im vergangenen Dezember verließ die Verwaltungsspitze gemeinsam mit OB Belit Onay geschlossen den Saal. (Wir berichteten bereits im ersten Mitteilungsblatt des Jahres.)

Wir, die AfD Fraktion, bewerten diese Aktion als ein rechtswidriges politisches Statement gegenüber uns und unserer Partei.

Herr Onay ist gewählter Oberbürgermeister und muss sich bei der Ausübung seines Amtes gegenüber allen Ratsmitgliedern neutral und sachlich verhalten. An einer nichtöffentlichen Aufklärung des Falles schien die Verwaltung leider nicht interessiert und ignorierte auch unsere anwaltliche Abmahnung. Wir sehen uns daher gezwungen diese Angelegenheit gerichtlich aufzuklären.



## Halim Dener Info-Tafel – Ein Denkmal für die PKK?

» Gemeinsam beantragten die SPD und die Grünen im Stadtrat die Errichtung einer Informationstafel für Halim Dener. Dem Antrag wurde trotz Einwand der AfD zugestimmt.

Herr Halim Dener reiste im Jahr 1994 unter falschem Namen nach Deutschland ein und galt als Sympathisant der in der Türkei verbotenen kurdischen Arbeiterpartei PKK.

Die PKK ist eine kurdische sozialistische Untergrundorganisation

und strebt mit allen Mitteln einen autonomen kurdischen Staat an.

Die Landeshauptstadt Hannover sollte aufgrund der unstrittigen Faktenlage Abstand von einer Informationstafel für einen Sympathisanten der in der Türkei verbotenen Terrororganisation PKK nehmen.

Die Signalwirkung ist nicht nur für die Opfer des PKK-Terrors verheerend, sondern wirft auch ein fragwürdiges Licht auf die niedersächsische Landeshauptstadt Hannover.



## Bezirksrat Ahlem-Badenstedt-Davenstedt

### Genitalverstümmelung in Deutschland



» In Deutschland leben schätzungsweise 100.000 Mädchen und Frauen, die von Genitalverstümmelung betroffen sind. Laut Schätzungen der Frauenrechtsorganisation „Terre des Femmes“ sind aufgrund von Zuwanderung und des Festhaltens an archaischen Traditionen 2.000 bis 17.000 in Deutschland geborene Mädchen trotz landesweitem Verbot gefährdet, Opfer dessen zu werden. In der EU ist Deutschland auf Rang Vier in Bezug auf die Gefährdung für Mädchen und Frauen. (Quelle: [www.deutschlandfunk.de/genitalverstuemmung-in-deutschland-100.html](http://www.deutschlandfunk.de/genitalverstuemmung-in-deutschland-100.html))

Deswegen haben wir, vom AfD Bezirksrat, nachgefragt wie die genauen Zahlen bei uns aussehen und welche präventiven Maßnahmen ergriffen werden, um Mädchen und Frauen zu schützen und aufzuklären. Doch eine aussagekräftige Antwort liegt seither nicht vor.

### Kinderehen in Deutschland

» In Deutschland sind Kinderehen verboten. Doch laut Medienberichten gab es in Deutschland im Jahr 2016 ungefähr 1.500 Kinderehen. Diese sind vor allem bei Minderjährigen aus Syrien, Afghanistan, dem Irak und Bulgarien zu vermerken. Im Jahr 2017 wurde das Gesetz verschärft.

Nun müssen bei einer Eheschließung beide Partner mindestens

18 Jahre alt sein. Kinderehen bei unter 16-Jährigen sind automatisch unwirksam. Ehen mit 16- oder 17-Jährigen können annulliert werden.

Wir fragen hierzu nach den genauen Zahlen für Annullierungen und unwirksame Eheschließungen sowie nach momentan noch existierenden Kinderehen. Zudem interessiert uns, wie den Minderjährigen geholfen wird.

(Quelle: <https://www.unicef.de/informieren/aktuelles/blog/-/kinderehen-weltweit-fragen-und-antworten/274028>)



### Baustellenbesichtigung am Schnellweg

» Als Einzelvertreter der AfD im Bezirksrat nahm Uwe Wippach an der Baustellenbesichtigung des Südschnellwegs teil.

Das Bauprojekt ist Teil einer umfassenden Infrastrukturverbesserung, die die Verkehrsbelastung verringert und die Sicherheit auf der Straße erhöht.

Der erste Schritt ist der Bau der Ersatzbrücke, die parallel zur Hochstraße über die Hildesheimer Straße und die Schützenallee errichtet wird. Anschließend wird die jetzige Brücke abgerissen.

Der Schlitzwandgreifer wird dabei in bis zu 30 Meter Tiefe eingesetzt, um den Aushub für den Tunnelbau vorzunehmen.

Während der Begehung war ein guter Fortschritt ersichtlich.

Uwe Wippach ist voller Zuversicht, dass die angedachte Bauzeit eingehalten werden kann und durch den Tunnelbau der Verkehrslärm im Stadtteil signifikant reduziert wird.



## Bezirksrat Döhren-Wülfel

